



Medienmitteilung

Zürich, 30. Mai 2025

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Beim Eigenmietwert soll es eine Härtefallklausel geben

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 2 Stimmen, die Änderung des Steuergesetzes betreffend Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert anzunehmen ([5980](#)). Wer in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, soll beim Eigenmietwert der selbstbewohnten Liegenschaft einen Einschlag geltend machen können und so weniger Steuern zahlen müssen. Das Anliegen stiess in der Kommission auf breite Zustimmung: Niemand solle aufgrund der Besteuerung des Eigenmietwerts aus den eigenen vier Wänden ausziehen müssen. Die Mehrheit aus SVP, SP, FDP, Mitte, EVP, AL und Teilen der GLP unterstützte denn auch die Vorlage des Regierungsrates im Grundsatz. Es sei eine pragmatische Lösung, welche den Richtigen – oft sind es ältere Menschen mit abbezahlter Hypothek – zugutekomme. Eine Minderheit aus Grünen und Teilen der GLP lehnt die Vorlage ab. Einerseits, weil sie keine Rückerstattungspflicht enthält, die nach Verkauf, Schenkung oder Vererbung der Liegenschaft zum Tragen käme. Andererseits, weil Hauseigentümerschaften ohnehin nicht zu den benachteiligten Teilen der Bevölkerung gehörten.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit Nicht-Eintreten: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64

STGK: Kommission will staatspolitische Auswirkungen von e-Collecting klären

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Motion betreffend «Einführung e-Collecting, elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden im Internet oder auf mobilen Endgeräten» abzuschreiben ([KR-Nr. 5/2019](#)). Der Entscheid der Kommission stützt sich auf die Einschätzung des Regierungsrates, dass die Forderung derzeit nicht erfüllbar sei. Die Mehrheit der STGK hat jedoch die Einreichung eines Kommissionspostulats betreffend «Pilotprojekt zur Einführung von e-Collecting, elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden im Internet oder auf mobilen Endgeräten» unterstützt, das die staatspolitischen Auswirkungen von e-Collecting klären soll – insbesondere mit Blick auf mögliche Anpassungen bei Quoren und Fristen für Volksinitiativen und Referenden ([KR-Nr. 160/2025](#)).

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.